

Forderungen des Forum Bildungspolitik zur Landtagswahl 2008:

Eckpunkte zur Bildungspolitik in Bayern 2008 - 2013

Bildung entscheidet wesentlich über die Lebensqualität und Lebenschancen jedes Einzelnen sowie über die soziale und ökonomische Verfassung und Zukunft unserer Gesellschaft. Bildungspolitik ist Kernaufgabe der Landespolitik.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern*, das seit 1991 besteht und in dem aktuell 36 Organisationen aus dem Bildungssektor zusammengeschlossen sind, stellt für die Legislaturperiode 2008 – 2013 an die politischen Parteien folgende Kernforderungen:

1. Größtmöglicher Lern- und Bildungserfolg für alle

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen erfüllt bisher nicht den Anspruch, allen Kindern und jungen Menschen gerecht zu werden. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, die große Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Jahrgangsstufe wiederholen, die Schule wechseln oder die Schule ohne Abschluss verlassen müssen, kann nicht hingenommen werden.

Forderungen

Alle Kinder und Jugendlichen müssen im Bildungssystem zum größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg geführt werden. Die Chancengleichheit ist nachhaltig zu verbessern. Jedes Kind ist bestmöglich und individuell zu fördern – sei es leistungsstark oder leistungsschwächer, sei es aus sozial günstigen oder prekären Verhältnissen, sei es aus einer einheimischen Familie oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund. Gleiche Bildungschancen und leistungsfähige Bildungsangebote sind für alle Kinder und Jugendlichen vorzuhalten – unabhängig davon, ob sie in einer Großstadt oder in ländlichen Regionen aufwachsen, ob sie weiblich oder männlich sind oder der spezifischen sonderpädagogischen Förderung bedürfen. Vordringlich ist es, die Zahl der Schüler, die eine Jahrgangsstufe wiederholen oder die Schule wechseln müssen, deutlich zu reduzieren. Keine Schülerin / kein Schüler darf die Schule ohne Abschluss verlassen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Schülerin und kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlässt. Für Schulabsolventen ist eine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Studienplätzen bereitzustellen.

● Aktion 25 ● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e. V. ● Eltern-Forum-Coburg ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● Initiative Praktisches Lernen Bayern e. V. (IPL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern e.V. (LEV) ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● Landeselternverband Bayerischer Realschulen e.V. (LEV-RS) ● Landesschülervertretung - Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Sudbury München e.V. ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG)

2. Ausbau der frühen und individuellen Förderung

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen kommt der Pflicht, alle Kinder und Jugendliche individuell zu fördern bisher noch unzureichend nach. Die Möglichkeiten der pädagogisch-psychologischen Diagnostik und der daraus resultierende Hilfen für jedes einzelne Kind und jeden einzelnen Jugendlichen werden noch zu wenig ausgeschöpft.

Forderungen

Damit Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen, sind sie insbesondere in ihrer Sprachkompetenz, in ihrer Leistungsmotivation und in ihrem Sozialverhalten gezielt zu fördern. Die Sprachförderung im Kindergarten muss für alle Kinder – vor allem für Kinder nichtdeutscher Muttersprache - weiter verstärkt und in der Grundschule systematisch fortgeführt werden. Der Erwerb der deutschen Sprache verlangt ganzheitliche Angebote und muss im Kontext kultureller Inhalte erfolgen. Dazu bedarf es gut aus- und fortgebildeter Fachkräfte. Das Erlernen der deutschen Sprache muss auch für Eltern mit nichtdeutscher Sprache außerschulisch gefördert und begleitet werden. Angesichts der erheblichen Zahl von Schüler/innen mit Migrationshintergrund sollten sich die Schulen für Mehrsprachigkeit öffnen und Bilingualität unterstützen. Die Beherrschung einer nicht deutschen Muttersprache ist im Blick auf Schulabschlüsse als weitere „Fremdsprache“ anzuerkennen. Der Einsatz zweisprachiger Lehrer/innen ist zu forcieren.

Leistungsmotivation entfaltet sich durch angstfreies und erfolgreiches Lernen. Dazu bedarf eines neuen prozessualen Verständnisses im Umgang mit Fehlern. Zur Entwicklung sozio-emotionaler Kompetenzen müssen Schul- und Bildungseinrichtungen Lern- und Lebensräume werden.

3. Mehr Zeit und Expertenhilfen für den schulischen Erziehungsauftrag

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen räumt den Schulen und Bildungseinrichtungen zu wenig Möglichkeiten ein, damit sie ihren Erziehungsauftrag angemessen wahrnehmen können. Der Bildungsauftrag wird allzu sehr auf messbares Wissen unter großem Zeitdruck reduziert.

Forderungen

Angesichts massiver sozialer und kultureller Veränderungen im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen müssen Kindergärten und Schulen einen erweiterten Erziehungsauftrag wahrnehmen. Hohe Bedeutung gewinnt die Vermittlung grundlegender Werte und die Erziehung zur Achtung der Menschenwürde, zum Respekt vor unterschiedlichen Überzeugungen. Die Gewaltprävention gewinnt zunehmend an Bedeutung. Weitere bildungspolitische Strategien und Maßnahmen sind erforderlich zur sozialen Integration. Dazu bedarf es zusätzlicher zeitlicher Ressourcen im Unterrichts- und Schulalltag ebenso wie stärkerer sozialpädagogischer, schulpsychologischer und psychologisch-therapeutischer Hilfen. Größere personelle Kapazitäten sind notwendig zur Intervention und Bewältigung gravierender Krisensituationen. Regionale sowie überregionale sofort abrufbare Unterstützungssysteme zur Krisenintervention sind stärker zu fördern, z.B. durch weiteren Ausbau des Krisen- und Bewältigungsteams der Bayerischen Schulpsychologen (KIBBS).

4. Bessere Abstimmung zwischen den Bildungsstufen und mehr Vielfalt

Feststellungen

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen stimmt die verschiedenen Bildungsstufen und Schullaufbahnen derzeit noch zu wenig aufeinander ab. Dadurch entstehen in der Lern- und Leistungsentwicklung Brüche und Spannungen. Die Gründung und Entwicklung von Schulen in freier Trägerschaft, die reformpädagogische Arbeitsweisen pflegen, wird sehr erschwert.

Forderungen

Die eingeleitete Verzahnung von Kindergarten und Grundschule muss noch enger ausgestaltet werden. Die Schuleingangsphase soll pädagogisch-didaktisch an die Elementarbildung anschließen. Deshalb muss zunächst das letzte Jahr im Kindergarten kostenlos und obligatorisch sein. Der Elementarbereich als grundlegende Bildungsphase ist wieder dem Geschäftsbereich des Kultusministeriums zuzuordnen.

Für möglichst harmonische Übergänge in weiterführende Schulen sind sowohl die Lehrpläne als auch die Lern- und Arbeitsmethoden des Unterrichts systematisch aufeinander abzustimmen. Je nach regionalen Gegebenheiten sollen Schulen die Möglichkeit haben, zusammenzuarbeiten und unterschiedliche Modelle zu entwickeln. Beispielgebend können z.B. Schulen sein, die mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet wurden. Erforderlich sind stufenübergreifende Ausbildungsanteile in der Lehrer- und Erzieherausbildung und gegenseitige Hospitationen des Lehr- und Erziehungspersonals, für die ein Stundenpool bereitzustellen ist. Die Durchlässigkeit in allen Bildungsstufen ist zu gewährleisten.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung für das staatliche Schulwesen. Zur Klärung des Umsetzungsspielraums innerhalb der Gesetze, bedarf es verlässlicher Vereinbarungen in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

5. Größere Eigenverantwortung und Mitgestaltungsrechte

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen gesteht den unmittelbar Betroffenen zu wenig Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte zu. Dadurch werden wertvolle Potenziale zur pädagogisch-organisatorischen Passung von Schulen und Bildungseinrichtungen und die Chancen erhöhter Identifikation der unmittelbar Betroffenen nicht ausgeschöpft.

Forderungen

Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern und Trägern ist ein größerer pädagogischer, organisatorischer und rechtlicher Gestaltungsraum zuzubilligen, den sie innerhalb verbindlicher Rahmenregelungen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich ausgestalten können. Alles, was Lehrer, Erzieherinnen, Eltern, Schüler/innen und Träger in ihren Einrichtungen selbst regeln können, müssen sie auch selbst regeln dürfen. Die Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte sind abschließend zu definieren.

Zu erweitern sind auch die Informations- und Mitspracherechte von Lehrern, Erzieherinnen, Schülern und Eltern über die eigene Schule und Bildungseinrichtung hinaus – vor allem in schul- bzw. bildungspolitischen und organisatorischen Fragen innerhalb der Bezirke und des Landes.

Der Prozess der inneren Schulgestaltung legt es nahe, dass die unmittelbar Betroffenen auch Formen der Kooperation zwischen einzelnen Schulen in einer Region entwickeln können.

6. Professionalität und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen weist noch Defizite auf hinsichtlich der Professionalisierung und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals. Die Ausbildung von Erzieher/innen erfolgt bisher nicht auf europäischem Niveau. Die pädagogischen, psychologischen und neurophysiologischen Erkenntnisse können in der frühen Bildungsphase nicht hinreichend umgesetzt werden. In der universitären Lehrerbildung sind die Studiengänge für die verschiedenen Lehrämter nicht gleichwertig und die erziehungswissenschaftlichen Anteile z.T. unterbewertet.

Forderungen

Die herausragende Bedeutung der frühen Kindheit für die Entwicklung sprachlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Kompetenzen erfordert es, dass die Berufsausbildung von Erzieher/innen - dem europäischen Niveau entsprechend - an Fachhochschulen erfolgt. Eine exzellente Aus- und Fortbildung der Lehrer/innen und Erzieher/innen der Schlüssel der gesamten Bildungsfrage.

Europäischer Standard muss auch in der Lehrerausbildung gelten: Im Blick auf die fachwissenschaftlichen Kenntnisse der Unterrichtsfächer sowie auf das wissenschaftlich begründete didaktisch-methodische und pädagogische Handeln ist für alle Lehrämter in den verschiedenen Bildungsphasen der „Master“ als Universitätsabschluss erforderlich. Der Lehrer- und Erzieherberuf muss sowohl dienstlich und finanziell als auch gesellschaftlich mehr anerkannt werden. Angesichts der Tatsache, dass in den nächsten Jahren Tausende von Lehrerinnen und Lehrer die Altersgrenze erreichen, müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den Lehrernachwuchs sicherzustellen.

7. Investitionen in Bildung auf internationalem Niveau

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt und im Vergleich zu den durchschnittlichen Investitionen der OECD-Staaten – unterfinanziert. Vor allem die Mittel für die frühe Förderung und für die Grundschule liegen deutlich unterhalb der Bildungsfinanzierung der Industrieländer.

Forderungen

Da es gilt, sowohl dem Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden als auch die soziale Balance und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Qualität des Schul- und Bildungswesens weiter verbessert werden.

Um die bestmögliche individuelle Förderung zu ermöglichen, sind die Gruppenstärken in den Kindergärten und Kindertagesstätten deutlich zu reduzieren. In keiner Grundschulklasse dürfen mehr als 25 Kinder sitzen. In den weiterführenden Schulen ist die Klassenhöchststärke auf maximal 29 Schüler/innen zu begrenzen.

Mehr Personal ist erforderlich zur Sicherstellung des Kern-, Wahlpflicht- und Wahlunterrichts, zur individuellen Förderung bei Beeinträchtigungen des Leistungs- und Sozialverhaltens, zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Schüler/innen mit besonderen Fähigkeiten und Neigungen. Die mobile Lehrer-Reserve ist aufzustocken. Unverzichtbar ist mehr pädagogisch-psychologische Expertenhilfe.

Für Schulen in freier Trägerschaft sind die Zuschüsse zu erhöhen und die Fristen für Baukosten zu verkürzen.

Bildungsinvestitionen haben nicht nur einen entscheidenden Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum, sondern auch auf die soziale Balance, auf das kulturelle Leben und auf die Funktionsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens.